

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat
Niederschrift über die 7. Beiratssitzung am 21.02.2012
- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, Bremen -
Beginn 19.00 Uhr – Schluss 20:50 Uhr –

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder
F. Boehlke, R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann,
H. Fricke -
B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues -
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtmann -
A. Müller-Lang, R. Tegtmeier, F. Rath

vom Kinder- und Jugendbeirat Svenja Schwichtenberg,

Herr Eweg, Leiter des Polizeireviere Lesum
Herr Kock, KOP des Polizeireviere Lesum

Vorsitzender: Herr Dornstedt vom Ortsamt Vegesack
Protokoll: Frau Hell-Nogai vom Ortsamt Burglesum

Herr Dornstedt eröffnet die Sitzung.

Die Fraktionen stellen den Antrag, die vorgeschlagene Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass der Dringlichkeitsantrag „Medienzentrum Bremen-Nord“ aufgenommen wird. Dieser Punkt wird als TOP 9 in die vorgeschlagene Tagesordnung eingeordnet, die anderen Punkte verschieben sich entsprechend.
Die so geänderte Tagesordnung wird beschlossen.

Pkt. 1 TO: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

1.1 Frau N [REDACTED], Sprecherin der Lesumer Perspektive, berichtet über den aktuellen Sachstand und bittet den Beirat, aktiv das Begehren der Lesumer Perspektive zu unterstützen.

1.2 Frau R [REDACTED], wünscht sich mehr Parkplätze in der Straße Im Heisterbusch.

1.3 Frau R [REDACTED], schildert, dass nach dem Brand Bördestr. 49 im letzten Jahr dort nichts weiter geschehen sei. Die Hecke wächst auf den Bürgersteig und muss dringend geschnitten werden.

1.4 Frau R [REDACTED], spricht die Freilaufflächen für Hunde an. Man solle dies nicht unbearbeitet an den Tierschutzverein zurücksenden, sondern berücksichtigen.

Pkt. 2 TO: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates – keine -

Pkt. 3 TO: Bürgerantrag

Wiedereinführung der Buslinie (ehem.) 70

Frau Hornhues: Diese Forderung an die BSAG besteht schon, seitdem diese Linie abgeschafft wurde. Der Beirat sollte sich dem Bürgerantrag von Frau M [REDACTED] anschließen.

Herr Friesen: Die älteren Menschen brauchen diese Buslinie.

Herr Hennig: Man müsse die BSAG dazu bewegen, dass man die Peenemünder Straße (den Lesum Park) schon mit in die Linienführung aufnimmt.

Frau Müller-Lang: Die Abschaffung der Buslinie 70 ist damals wegen der Brückensanierung in der Hindenburgstr. erfolgt. Die Geschäfte im Zentrum leiden darunter.

Herr Hornhues: Man sollte die Wiedereinführung der ehemaligen Buslinie 70 bis zum nächsten Fahrplanwechsel der BSAG umsetzen. Das Thema könnte im Verkehrsausschuss beraten werden.

Herr Strecker: Das Thema ist nicht neu und wurde vom letzten Beirat bereits der BSAG vorgetragen.

DER BEIRAT VERSTÄNDIGT SICH DARAUF, DIESES THEMA IM ZUGE EINER ÖPNV-ANBINDUNG DES LESUM-PARKS AKTIV ZU BEGLEITEN. DIE BSAG WIRD DAHER GEBETEN, EINE PLANUNG ZU ERARBEITEN, WIE DER ORTSTEIL ST. MAGNUS UND DER BEREICH DER PEENEMÜNDER STRAÙE DURCH DAS ÖPNV-NETZ BESSER AN DEN LESUMER ORTSKERN ANGEBUNDEN WERDEN KÖNNEN. DIE PLANUNG IST MIT DEM BEIRAT ZU ERÖRTERN. DIE UMSETZUNG SOLL ZUM FAHRPLANWECHSEL 2012 / 2013 ERFOLGEN.

Pkt. 4 TO: Gewerbegebiet Steindamm – Autowracks im öffentlichen Verkehrsraum
dazu: Herr Eweg, Leiter des Polizeireviers Lesum und Herr Kock, KOP, Polizeirevier Lesum

- Herr Eweg: berichtet, dass immer wieder Fahrzeuge im Steindamm abgestellt werden, die nicht mehr zugelassen sind. Firmen organisieren den Export per Container nach Afrika, diese Container kann man pachten.
 Vorgehensweise:
 Eine Person kauft nichtzugelassene Autos und exportiert diese nach Afrika. Das Auto muss „nur“ vier Reifen und eine Klimaanlage haben. Würden die Autos auf dem Gelände abgestellt werden, müssten die Personen eine Zwischenlagerzeit zahlen, dies möchten sie selbstverständlich nicht und stellen die Autos deswegen auf dem Parkstreifen im öffentlichen Raum ab. Die Halter können nur schwer ermittelt werden. Wenn das Fahrzeug noch zugelassen ist, handelt es sich um ein Wirtschaftsgut und das Stadtamt ist für die weitere Bearbeitung zuständig. Wenn das Auto nicht zugelassen ist, wird von der Polizei ein roter Aufkleber angebracht. Es muss eine Frist von 4-5 Wochen abgewartet werden. Ist es ein „Schrottauto“ gilt ebenfalls eine Frist von 4-5 Wochen, dann ist Umweltbetrieb Bremen zuständig. Zur Zeit stehen am Steindamm wenig Autos. Auf dem Gelände werden auch Kühlschränke gelagert.
- Frau Punkenburg: findet die Lage katastrophal, da sogar teilweise Öl aus den abgestellten Autos läuft. Sie berichtet, dass wenn ein Auto weg ist, gleich das nächste schon wieder dort abgestellt wird.
- Herr Dr. Schmidtman: Die Kühlschränke stellen auch ein Gefahrgut dar, da sie offen auf dem Gelände abgestellt sind. Er schlägt ein absolutes Halteverbot auf dem Parkstreifen vor.
- Herr Eweg: Dieses Vorgehen ist nicht machbar.
 Herr Rath: schlägt einen kostengünstigen Parkscheinautomaten vor.
 Herr Hornhues: Stellt fest, dass diese Frist von 4-5 Wochen von den Besitzern der Autos ausgenutzt werde. Man könne nur an die appellieren, die dort wohnen und arbeiten, dass, wenn sie sehen dass dort so ein Autowrack abgestellt wird, sie gleich denjenigen ansprechen.
- Frau Hornhues: schlägt eine Art Anwohnerparken vor.
 Herr Eweg: Dieses ändert nichts an der Rechtslage, das Abstellen der Wracks ist verboten, ein zusätzliches Verbot würde nichts ändern.
- Frau Hornhues: Schlägt für die abgestellten Autos eine Autokralle vor.
 Herr Eweg: An den abgemeldeten Autos kann keine Autokralle befestigt werden. Vermutlich würden die Wracks auch mit Autokralle verschifft werden.
- Herr Dr. Schmidtman: Könnte man sich nicht an die Firma wenden?
 Herr Eweg: Das hat man versucht, es sind insgesamt 35 Exporteure.

DER BEIRAT NIMMT KENNTNIS UND BITTET DIE POLIZEI, IM RAHMEN IHRER MÖGLICHKEITEN DIESES WEITER ZU KONTROLLIEREN.

Pkt. 5 TO: Bericht über die Einbruchskriminalität in Burglesum

dazu Herr Eweg, Leiter des Polizeireviere Lesum

- Herr Eweg: Über das Thema wurde schon mehrmals berichtet. Es gibt nichts Neues und bittet darum, Fragen zu stellen.
- Herr Rath: Wünscht sich Zahlen von den letzten Jahren über die Einbruchskriminalität.
- Herr Eweg: Einbrüche gibt in Bremen überall, nicht nur in diesem Stadtteil. Der Bürgermeister und der Senat arbeiten daran. Man muss dies „bremisch-global“ sehen. Die Zahlen für Burglesum werden nichts bringen, da sie keine große Aussagekraft haben.
- Herr Rath: Hat die Zahlen von 2010 und verteilt diese an die Presse und an die Beiratsmitglieder.
- Frau Punkenburg: Fragt, was es für Maßnahmen gäbe, um die Einbrüche zu verringern.
- Herr Eweg: Man hat die künstliche DNA eingeführt. Dadurch ist ein positiver Nebeneffekt entstanden, man hat wieder eine funktionierende Nachbarschaft.
- Herr Friesen: Stellt fest, dass die Polizei sich die größte Mühe gibt und alles tut, was sie kann.
- Herr Hornhues: Bedankt sich bei Herrn Eweg für die vielen Informationen. Er stellt den Antrag, nicht weiter über dieses Thema zu sprechen, bis aktuelle Zahlen vorliegen. Dies könne man in den nächsten Sitzungen besprechen und die dazugehörige Behörde mit einladen.
- Frau Schnaubelt: Fragt sich, welches Ziel Herr Rath überhaupt erreichen möchte.
- Herr Rath: Man muss die Ursachen für die hohe Einbruchskriminalität finden.

Über den Antrag von Herrn Hornhues wird abgestimmt.

Beschluss bei 2 Enthaltungen:

DAS THEMA WIRD AUF EINE DER NÄCHSTEN BEIRATSSITZUNGEN VERTAGT.

Pkt. 6 TO: Beiratsmittel 2012 – 1. Rate (s. Anlage 1)

Der Vorsitzende teilt mit, dass zur Zeit eine generelle Bewirtschaftungssperre gilt, die Bescheide vom Ortsamt werden mit einem Zusatz „vorbehaltlich der Beschlussfassung der Bürgerschaft“ versehen.

AUF ANTRAG DER GRÜNEN WIRD PKT. 4 PER ABSTIMMUNG AUSGESETZT. DIE ANDEREN BEIRATSMITTEL WERDEN EINSTIMMIG BEWILLIGT.

Pkt. 7 TO: Gemeinsamer Antrag der Beiratsfraktionen

Gewerbeentwicklungsprogramm 2020

Gewerbegebiet Steindamm

Der Vorsitzende verliest den gemeinsamen Antrag.

Beschluss (einst.):

DER BEIRAT BURGLESUM BEGRÜßT DIE RÜCKNAHME DER ERWEITERUNGSABSICHTEN DES GEWERBEGEBIETES STEINDAMM DURCH DEN SENATOR FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND HÄFEN UND DEN DAMIT VERBUNDENEN BESTANDSSCHUTZ DER BURGDAMMER WIESEN ALS NATURFLÄCHE.

FÜR DIE SCHAFFUNG VON WOHNORTNAHEN ARBEITSPLÄTZEN WIRD DER SENATOR FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND HÄFEN GEBETEN, VORRANGIG DIE VORHANDENEN FREIFLÄCHEN IM GEWERBE GEBIET STEINDAMM ZU VERMARKTEN. FERNER IST DER BREMER INDUSTRIE-PARK MIT SEINEM AUTOBAHN-ANSCHLUSS UND DER GEPLANTEN WESER-QUERUNG AUCH ALS IDEALER STANDORT FÜR LOGISTIK-UNTERNEHMEN AKTIV ZU BEWERBEN.

DER BEIRAT BURGLESUM ERWARTET FERNER VON DEN JEWEILS ZUSTÄNDIGEN SENATSRESSORTS BEI DER ÜBERARBEITUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES SOWIE BEI DER ERSTELLUNG EINES GEWERBEFLÄCHEN-ENTWICKLUNGSPROGRAMMS, DIE IN DER AKTUELLEN „VEREINBARUNG ZUR ZUSAMMENARBEIT IN EINER REGIERUNGSKOALITION FÜR DIE 18. WAHLPERIODE DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT 2011 – 2015“ ZUGESICHERTE „FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER, DER KOMMUNALPOLITIK VOR ORT, DER BEIRÄTE, DER WIRTSCHAFT UND DEN VERBÄNDEN“ BEI DEN PLANUNGSPROZESSEN.

Pkt. 8 TO: Sachstand zur Besetzung der Ortsamtsleiterstelle Burglesum nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts

Der Vorsitzende verliest den Brief der Senatskanzlei vom 20.02.2012 zum Thema „Sachstand Ortsamtsleiterbesetzung“ (s. Anlage).

DER BEIRAT NIMMT KENNTNIS.

Pkt. 9 TO: Dringlichkeitsantrag der Beiratsfraktionen gegen Schließung des Zentrums für Medien in Bremen-Nord

Beschluss (einst.):

DER BEIRAT BURGLESUM SPRICHT SICH GEGEN EINE SCHLIEßUNG DES ZENTRUMS FÜR MEDIEN IN BREMEN-NORD AUS UND FORDERT DIE SENATORIN FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT AUF, DEN STANDORT BEIM LANDESINSTITUT FÜR SCHULE IM SOZIALVERWALTUNGSZENTRUM AM SEDANPLATZ ZU ERHALTEN.

NEBEN DER AUFGABE, DIE SCHULEN IM UMGANG MIT DEN MEDIEN ZU UNTERSTÜTZEN, IST DAS MEDIENZENTRUM DARÜBER HINAUS ZU EINEM SCHWERPUNKT DER MEDIENERZIEHUNG UND -KOMPETENZ VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN BREMEN-NORD WEITER ZU ENTWICKELN.

DIE SEIT MEHREN MONATEN FREIE LEITUNGSSTELLE IST UMGEHEND WIEDER ZU BESETZEN.

BEGRÜNDUNG:

IN EINER GESELLSCHAFT, IN DER DIE ENTWICKLUNG VON MEDIEN IMMER RASANTER ZUNIMMT UND NEUE SUCHTERSCHINUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT MODERNEN MEDIEN ENTSTEHEN, MUSS DIE WICHTIGE ARBEIT DES MEDIENZENTRUMS IN BREMEN-NORD ERHALTEN UND GESTÄRKT WERDEN.

DIESE FORDERUNG STEHT AUCH IM EINKLANG MIT DEM KOALITIONSVERTRAG. DORT IST VEREINBART, SUCHTGEFAHREN MIT EINER NIEDRIGSCHWELLIGEN PRÄVENTIONSARBEIT ENTGEGENTRETEN. DIE ABHÄNGIGKEIT VON COMPUTERSPIELEN UND DEM INTERNET SOLL VERSTÄRKT INS BEWUSSTSEIN DER ÖFFENTLICHKEIT GERÜCKT UND ANGEMESSENE BERATUNGS- UND BEHANDLUNGSANGEBOTE ENTWICKELT WERDEN.

MIT DER SCHLIEßUNG DES PRÄVENTIONSZENTRUMS IN BREMEN-NORD SIND BEREITS DIE ERFahrungen AUF DEM GEBIET DER SUCHTPRÄVENTIVEN BERATUNG UND BETREUUNG VON SCHULEN UND AUßERSCHULISCHEN JUGENDGRUPPEN VERLOREN GEGANGEN. DIE NOTWENDIGE PRÄVENTIONSARBEIT IN BREMEN-NORD DARF NICHT WEITER BESCHNITTEN WERDEN.

Pkt. 10 TO: Mitteilungen des Ortsamtes – keine -

Pkt. 11 TO: Mitteilungen des Beiratssprechers

Am 28. Februar 2012 tagt um 17:00 Uhr der Ausschuss für Bürgerbeteiligung.

***Pkt. 12 TO: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten
– keine -***

gez. Dornstedt
Vorsitzender

gez. Boehlke
Sprecher des Beirates

gez. Hell-Nogai
Protokoll